



Bundestagsfraktion

Dreckige Geschäfte

Für eine faire Rohstoffpolitik

Flyer 16-111

Reiche Länder, arme Menschen

Wer Gold und Diamanten besitzt, ist reich. Und wer auf Ölvorkommen oder Gasreserven zurückgreifen kann, kann damit Milliarden machen. Denn Rohstoffe dieser Art sind weltweit gefragt und die Gewinne steigen von Jahr zu Jahr. Viele Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika haben große Rohstoffvorkommen. Die Einnahmen aus deren Verkauf zählen zu den größten Devisenquellen dieser Staaten.

Trotzdem hat sich gerade in den ressourcenreichen Entwicklungsländern die Lebenssituation der Bevölkerung nicht verbessert, sondern sogar verschlechtert. Viele Menschen leben in Armut. Hunger und Krankheiten bestimmen den Alltag. Für Bildung und Gesundheitsvorsorge wird zu wenig Geld bereitgestellt. Und die Menschen sind der Zerstörung und Verschmutzung ihrer Umwelt schutz- und rechtlos ausgeliefert. Während Staat und Parlamente die Entwicklung ihres Landes vernachlässigen, kassiert eine kleine Elite die Gewinne und profitiert von dem schmutzigen Geschäft auf Kosten der Bevölkerung.

Konfliktrohstoffe: Der Kampf um Öl und Diamanten

Wo Armut grassiert, obwohl Rohstoffe Reichtum für alle garantieren könnten, bleiben Regionen und Staaten instabil. Besonders in Afrika brechen häufig gewalttätige Konflikte im Kampf um die Rohstoffe aus. Gold und Diamanten werden über Grenzen geschmuggelt. Banden bilden sich und versuchen mit Hilfe von Waffengewalt die Kontrolle über rohstoffreiche Gebiete zu erobern. Und nicht selten führen die bewaffneten Auseinandersetzungen zu lang anhaltenden Bürgerkriegen. Diese Kriege wiederum finanzieren sich aus dem Geschäft mit Rohstoffen und Öl.

Öl, Diamanten und Gold werden hier zu sogenannten Konfliktrohstoffen. Wir Grüne fordern, dass der Handel mit diesen Konfliktrohstoffen von der Internationalen Gemeinschaft geächtet und unterbunden werden muss. Nur so kann die Bevölkerung in den betroffenen Ländern unterstützt werden.

Wo Öl den Konflikt anheizt

Das Öl ist das Gold von Nigeria. Das Land ist der größte Ölproduzent Afrikas. Im Niger-Delta werden täglich rund 2,5 Millionen Barrel Öl gefördert. Und das beschert dem Staat jährliche Einnahmen von mehr als 15 Milliarden US-Dollar. Die Tendenz ist steigend.

Trotzdem leben 91% der Bevölkerung von weniger als zwei US-Dollar am Tag. Im UN-Index zur menschlichen Entwicklung belegt Nigeria Platz 159 von 177. Bildung ist Mangelware in Nigeria. Eine Gesundheitsversorgung findet nur auf allerniedrigstem Niveau statt. Und Umweltstandards spielen bei der Ölförderung nur eine untergeordnete Rolle. Regierung und Ölkonzerne nehmen die Verschmutzung des Niger-Deltas billigend in Kauf. Gleichzeitig gerät die Region immer mehr außer Kontrolle. Das Öl ist hier ein Konfliktrohstoff. Immer wieder kommt es zu Überfällen, Anschlägen und Entführungen von ausländischen MitarbeiterInnen der Ölkonzerne durch bewaffnete Gruppen.

Publish what you pay

Die Regierungen rohstoffreicher Staaten müssen von der Internationalen Gemeinschaft dazu verpflichtet werden, die Gewinne aus dem Geschäft mit Öl, Gas oder Gold gerecht zu verteilen. Sämtliche Einnahmen aus dem Handel mit Rohstoffen müssen offengelegt werden. Denn erst, wenn die Bevölkerung weiß, um welche Summen es sich hier handelt, kann sie reagieren und ihre Regierung zur Verantwortung ziehen.

Unternehmen, die Rohstoffe abbauen, müssen parallel dazu verpflichtet werden, ihre Zahlungen an die Regierungsbehörden der Entwicklungsländer offenzulegen. Außerdem verlangt eine OECD-Richtlinie längst, dass auch diese Unternehmen Umwelt- und Sozialstandards einhalten.

Auch die Banken, die das Geschäft mit Öl und Diamanten finanzieren, müssen zur Transparenz ihrer Geschäftspraktiken verpflichtet werden. Außerdem müssen sie ihre Finanzierung an die Auflage knüpfen, dass Umwelt- und Sozialkriterien eingehalten werden. Entsprechende Forderungen werden auch von zwei vielversprechenden Initiativen aufgegriffen, die sich für eine weitgehende Transparenz im Rohstoffsektor einsetzen: die Organisation Publish What You Pay und die Extractive Industries Transparency Initiative EITI.

Erneuerbare Energien stärken

Die Konkurrenz um Rohstoffe kann durch den Ausbau der erneuerbaren Energien entschärft werden. Auch Entwicklungsländer mit großen Öl- oder Gasvorkommen profitieren davon. Denn auf lange Sicht wird ihre Abhängigkeit vom Rohstoffexport sinken, wenn sie aufgrund geringerer Nachfrage nach Öl oder Gas andere Wirtschaftsbereiche entwickeln müssen. Gleichzeitig reduzieren erneuerbare Energien und effiziente Technologien die hohen Energieausgaben von Entwicklungsländern ohne eigene Öl- und Gasreserven. Und zugleich entlasten sie dauerhaft die Umwelt der Entwicklungsländer und schützen das Klima.

Eine wichtige Rolle spielt hier die Internationale Gemeinschaft. Angebote der Entwicklungszusammenarbeit müssen künftig massiv darauf abzielen, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu fördern. Gleichzeitig sollten Länder, die von Öl- und Gasexporten abhängig sind, dabei unterstützt werden, alternative Wirtschaftszweige zu entwickeln.

Grün, transparent und fair

Bündnis 90/Die Grünen kämpfen für eine globale Rohstoffpolitik, die in einen fairen und transparenten Ordnungsrahmen eingebettet ist und sich zu ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet.

Deshalb:

- fordern wir den Ausbau entwicklungspolitischer Maßnahmen, mit deren Hilfe die Zivilgesellschaft in den Rohstoffländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gestärkt wird. Gleichzeitig müssen diese Maßnahmen dazu beitragen, starke demokratische und rechtsstaatliche Institutionen aufzubauen,
- setzen wir uns für international verbindliche Transparenz-, Sozial- und Umweltstandards für alle AkteurInnen im Rohstoffsektor ein,
- unterstützen wir die Transparenzinitiativen EITI und Publish What You Pay,
- ist es notwendig, „Konfliktrohstoffe“ völkerrechtlich zu definieren und zu sanktionieren, damit der Handel mit ihnen verhindert werden kann,
- wollen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien weltweit vorantreiben,
- müssen Investitionen und Kredite unter zukunftsorientierten Kriterien getätigt und der Fokus auf erneuerbare Energien gelegt werden, statt auf konfliktträchtige und klimaschädliche Öl- und Gasprojekte.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Arbeitskreis 4: Internationale Politik und Menschenrechte
T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

- www.gruene-bundestag.de » Themen A-Z » Entwicklungszusammenarbeit
- Extractive Industries Transparency Initiative EITI: www.eitransparency.org
- Publish What You Pay: www.publishwhatyoupay.org

Bundestagsdrucksachen:

16/4054 Rohstoffeinnahmen für nachhaltige Entwicklung nutzen (Antrag)